

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Morgen können Sie sich der Frau Ihres Herzens als Cavaliere vorstellen:

Im jugendlichen Mantel REGGIO mit dem hocheleganten Chevalier-Kragen. Die Ärmel sind dreiteilig, die Leistentaschen halbschräg. Und lässig und lose die Form (also sehr modern). Von RITEX zugeschnitten und verarbeitet. Und das heisst: erstklassig!

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

Chance für Tass und Co.

Die englischsprachige Commonwealth-Presse sieht sich infolge verminderter Subsidien für Presstelegramme aus Grossbritannien in vermehrtem Ausmass von kommunistischen Nachrichtenagenturen versorgt.

Bisher waren Presstelegramme aus Grossbritannien in die Commonwealth-Zentren in einem Ausmass bis zu sechs Siebenteln subventioniert worden. Nun soll aber die britische Post, welche bisher die Hauptlast dieses Arrangements getragen hatte, selbsttragend gemacht werden. Damit aber sind die Uebermittlungskosten für die interessierten Zeitungen namentlich in Asien und Afrika auf ein Mehrfaches gestiegen. Wollen sie ihren Umfang nicht reduzieren, so sind Sie nunmehr vermehrt auf preisgünstige Nachrichten aus andern Quellen angewiesen.

Hier sind nun, bisher vor allem Indien, die nationalen Agenturen kommunistischer Länder mit günstigen Angeboten in die Lücke gesprungen, um aus ihr eine Bresche für ihre Erzeugnisse zu machen. Tass und Nowosti (UdSSR), Hsinhua (China), CTK (CSSR) und ADN (DDR) sind in Indien zur Initiative übergegangen, um bei der nichtkommunistischen Presse eine Ablösung der Nachrichtenquellen zu erwirken, bevor in Grossbritannien eine neue Form der Subsidien an Presse-

kommunikation zustande kommt, was gegenwärtig zur Diskussion steht. Diese Agenturen halten bekanntlich nicht viel von «bourgeoisem Objektivismus» in ihrer Information, noch von Tatsachen, die einer «klassengerechten Sicht» zuwiderlaufen. Ihre neuen Positionen bedeuten daher nicht eine Bereicherung, sondern eine Verarmung der Information, die in den fraglichen Ländern zugänglich ist.

Kritisch zur Kritik

(Eine Meinungsumfrage in Bulgarien) Die bulgarische satirische Zeitschrift «Staschel» führt eine Meinungsumfrage über die Wirksamkeit öffentlich geäusselter Kritik durch. Ihre Ermittlungen geben wir auszugsweise wieder: Frage Nr. 1: Halten Sie Kritik in Presse, Radio und Fernsehen für eine wirksame Waffe gegen Missstände?

Der Prozentsatz jener, welche diese Methode der Kritik für wirkungslos halten, ist gross, nämlich 48,3 Prozent aller Interviewten. Eine erhebliche Gruppe, nämlich 20,2 Prozent, empfiehlt, die Kritiken schärfer und konkreter abzufassen, ferner, die nach ihrer Publizierung getroffenen Massnahmen anzukündigen. Insgesamt 28,5 Prozent der Teilnehmer erklärten die (gegenwärtigen) Methoden der Kritik für wirksam.

Frage Nr. 2: Wen kritisieren Sie am liebsten?

59,9 Prozent aller Interviewten erklärten überraschenderweise die Stellung der betreffenden Person ihnen oder ihrem Freundeskreis gegenüber als Kriterium. 23,2 Prozent aller Teilnehmer ziehen es vor, keine personenbezogene Kritik auszuüben.

Frage Nr. 3: In welcher Form kritisieren Sie am liebsten?

Der Prozentsatz jener, welche anonyme Kritik bevorzugen, ist mit 28,3 Prozent relativ hoch. Rund 14 Prozent ziehen Briefe an Zeitungen, Radio und TV vor. Die Mehrheit der Befragten, 38,2 Prozent, äussern sich vorzugsweise an Versammlungen.

Frage Nr. 4: Wenn Sie auf etwas Kritikwürdiges stossen, ziehen Sie es vor, zu schweigen oder zu kritisieren? 47,6 Prozent ziehen das Schweigen vor.

Frage Nr. 5: Warum ziehen Sie das Schweigen vor?

Viele von dieser Frage betroffene Teilnehmer, 33,9 Prozent, antworteten: «Weil meine Kritik die Dinge doch nicht ändern wird.» 22,9 Prozent meinten: «Weil ich von der Macht jener Angst habe, die für die Missstände verantwortlich sind.» 7,4 Prozent überlassen das Kritisieren mutigeren Kollegen. Nur 5,5 Prozent enthalten sich der Kritik deshalb, weil die Probleme ihrer Betriebe, Institutionen usw. sie nicht interessieren.

Ein Prinz denkt nach

Prinz Norodom Sihanouk, Staatschef von Kambodscha, einst ein ausgesprochener Freund Peking, ist tief enttäuscht von China. In einer Rede warf er den Chinesen vor, aus jungen Kambodschanern gefügige Instrumente der kommunistischen Subversion und Propaganda gemacht zu haben. Der Prinz sagte weiter, die Chinesen seien jetzt bestrebt, ihn selbst und seine Freunde auszuschalten. Sie unterstützen offen die Kommunisten und bereiten ihre Machtübernahme vor. Er aber werde nie zulassen, dass Kambodscha ein chinesischer Satellit werde. Wörtlich sagte der Prinz: «Wenn es euch Chinesen auch gelungen sein mag, eine Handvoll vom Ehrgeiz getriebener Intellektueller zu kaufen, so werdet ihr doch niemals das Volk der Kambodschaner kaufen können. Unser Volk will keine chinesische marxistische Ideologie.» In Kambodscha hat Peking ganz offensichtlich seine Subversion verstärkt, um innenpolitische Kämpfe aufflackern zu lassen. Der chinesische Druck dürfte sich trotz der Warnung Sihanouks, in nächster Zeit noch verstärken. Kämpfe sind nicht ausgeschlossen.

Stationäre TV-Satelliten

In der osteuropäischen Presse werden gegenwärtig die Ergebnisse einer Konferenz diskutiert, welche dieses Jahr von den Mitgliedsländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon) in Moskau veranstaltet wurde. Zur Debatte stand die gemeinsame Erforschung und Nutzung des kosmischen Raumes. Die getroffenen Vereinbarungen beziehen

sich auf gemeinsame Arbeiten auf den Gebieten der Physik, der kosmischen Meteorologie und Biologie sowie der Medizin. Ferner wurde ein Programm des gemeinsamen Startes von Satelliten und Raketen festgelegt.

Von besonderem Interesse ist der Beschluss über gemeinsame Fernmelde-Satelliten zur Uebertragung von Ferngesprächen und Fernsehprogrammen. Das geplante System soll aus ein oder zwei stationären Satelliten bestehen, die in etwa 36 Kilometer Höhe ständig über einem geographischen Punkt stehen würden. Dieses Verfahren hätte den Vorteil, eine ständige und jederzeit betriebsbereite Uebertragungsbrücke zwischen den Teilnehmerstaaten herzustellen. Der Einsatz beweglicher Satelliten wurde fallengelassen, weil dieses System bedeutend mehr Satelliten erfordern würde, um eine sichere, auch während der Tagesstunden funktionierende Uebertragung zu gewährleisten.

Rumänien und Nahost

In seiner jüngsten Rede vor der Nationalversammlung äusserte sich der rumänische Parteichef sehr abgewogen zum Nahost-Konflikt. Er verurteilte zwar die Anwesenheit israelischer Truppen auf arabischem Boden und die Annexion Jerusalems, er weigerte sich jedoch, Israel als Aggressor zu verurteilen und befürwortete im Gegensatz zu allen anderen kommunistischen Staaten direkte Verhandlungen zwischen den Kriegsgegnern. Auch dieser aufsehenerregende Appell an die Araber wurde wörtlich im Sitzungsprotokoll gedruckt: «Wir wollen unseren arabischen Freunden ehrlich sagen, dass wir die Haltung jener Kreise weder verstehen noch teilen, die für die Liquidierung des Staates Israel eintreten. Wir wollen niemandem einen Rat geben, aber die Geschichte lehrt, dass kein Volk seine nationalen und sozialen Ziele auf Kosten des Existenzrechtes eines anderen Volkes verwirklichen kann.»

Danach aber verliess Ceausescu sein vorbereitetes Redemanuskript und wandte sich mit breitem Lächeln an das Auditorium: Er wisse, so führte er aus, dass Rumänien sich hier wie auch in anderen politischen Fragen nicht in Uebereinstimmung mit der Haltung der befreundeten Sowjetunion befinde, aber Rumänien habe in jüngster Zeit schon häufig am Ende recht behalten. — Den demonstrativen Beifall an dieser Stelle verhinderten einige besonnene Funktionäre nur mit Mühe. Moskau sollte nicht noch mehr gereizt werden. Deshalb fehlt diese Sentenz des Parteichefs auch im offiziellen Redeprotokoll.

Anstoss am «Sonntag»

An der etwas «sauren» Stimmung eines vom ostdeutschen «Sonntag» auf der Feuilleton-Seite veröffentlichten Gedichtes von Jochen Laabs hat die «Sozialistische Demokratie», Organ des Staatsrates der DDR, Anstoss genom-

men. In dem Gedicht «Guten Morgen» stehen Zeilen wie «Wer riecht morgens nicht aus dem Mund?» — «Wenn es nicht nur kein Messing, sondern überhaupt keine Wasserhähne mehr gäbe, gäbe es auch keinen Tropfen, die einen aufregen» und «Marmelade hat kein Bewusstsein, sonst würde sie anders schmecken. Oder meine Frau hat keins, weil sie Sie mir zumutet. Oder ich hab keins, weil ich esse» und schliesslich «Aber die grössten Gesinnungslumpen sind die Beine, weil sie erst gar nicht aus dem Bett wollten».

Ein fortschrittlicher Mitarbeiter der Zeitschrift «Sozialistische Demokratie» meint dazu, es interessiere ihn, «ob die unappetitlichen, inhumanen Gedanken durch eine Zeitung in der DDR der Öffentlichkeit unterbreitet werden oder nicht». Der «Sonntag» nenne sich in seinem Untertitel «Die kulturpolitische Wochenzeitung», betont er und stellt dann die Frage, ob die Redaktion des «Sonntag» ein den Gedanken des Herrn Laabs einen Beitrag zur Kultur sähe oder ob «etwa mit diesen ekligen Zeilen Politik gemacht werden» sollte? Wenn ja, dann sei wohl die Frage gerechtfertigt, «welche und für wen?»

Professor Sandor doziert nicht mehr

In Ungarn steht gegenwärtig die Frage zur Debatte, ob Teilhard de Chardins Werke als subversive Literatur zu betrachten sei, deren Einfuhr mit Gefängnis zu ahnden ist, wie das kürzlich in einem konkreten Fall geschah.

Dr. Kalman Sandor, Professor an einer ostungarischen Hochschule, machte diesen Sommer eine Studienreise in die Bundesrepublik. Er traf in Deutschland und Oesterreich auch einige alte Freunde, die ihm westliche Publikationen schenkten. Vor allem nahm er ein Buch von Teilhard de Chardin mit, ferner andere, zumeist religiöse Werke.

Nach seiner Rückkehr entdeckte die Polizei diese Bücher in seinem Besitz, und in der Folge wurde er wegen Aufwiegelung zu einer Freiheitsstrafe von nicht bekanntgegebener Länge verurteilt. Die Hochschule schloss ihn sofort aus dem Lehrkörper aus, und in Zukunft darf er in Ungarn weder an Universitäten noch an Mittelschulen dozieren.

Nach seiner Verurteilung beschäftigte sich eine Pressekampagne mit dem Fall Sandor. In zahlreichen Artikeln wurde den Lesern erklärt, welche «staatsgefährdende Literatur» Professor Sandor in seiner Wohnung versteckt hielt und was er damit bezweckte. Die Hauptaufmerksamkeit richtete sich dabei auf die schädlichen Schriften des französischen Jesuiten Teilhard de Chardin, die laut Berichten der Zeitungen «Ket-Magyarorszag» und «Csongrad-Megyei-Hirlap» besonders geeignet sind «unter den Arbeitern kirchliche Lehren zu verbreiten».

Diese Kampagne gegen Sandor, der bereits seine Gefängnisstrafe verbüsst, veranlasste die Budapester katholische Zeitung «Uj Ember» am 17. September

zu einer grundsätzlichen Erklärung in Sachen Teilhard de Chardin. Die Zeitung nimmt dagegen Stellung, dass die Werke Chardins als «Schmähschriften gegen das sozialistische System» eingestuft werden. Sein Buch «Der Mensch im Kosmos» sei nicht nur von staatlichen Verlagen in Ungarn, sondern auch von einem Moskauer Verlag in russischer Sprache herausgegeben worden. Auch wurde darauf aufmerksam gemacht, dass an internationalen Teilhard-Konferenzen sowohl ungarische als auch andere marxistische Philosophen aus volksdemokratischen Ländern auftreten, die das Lebenswerk des französischen Jesuiten ebenso würdigen wie die Christen. In diesem Jahr erscheint in Ungarn das Buch der französischen kommunistischen Philosophen Garaudy und Kahane über Teilhard de Chardin. Angesichts dieser Tatsachen findet es die ungarische katholische Zeitung «bedenklich», dass die Werke von Teilhard de Chardin als «Schmähschriften» qualifiziert wurden.

Indessen zeigt der Fall von Professor Sandor, der gegenwärtig seine Freiheitsstrafe absitzt, dass diese Interpretationsfragen nicht nur von akademischem Interesse sind.

In Kürze

In der Sowjetunion steht der letzte Abschnitt der Autostrasse, die Asien mit Europa verbindet, vor seiner Vollendung. Auf dem 475 km langen Teil Aktjubinsk—Uralsk wurden die Aufschüttungsarbeiten am Fahrdamm abgeschlossen. Die Autostrasse führt durch wasserlose Halbwüsten und Trockensteppen West-Kasachstans. Sie wird nach Osten über die Niederung der Syr-Darja Anschluss bis Alma-Ata und nach Westen bis zur Wolga haben. Ihre Gesamtlänge beträgt 2000 Kilometer.

Gegenwärtig zählt die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (KPP) über zwei Millionen Mitglieder und Kandidaten. Besonders schnell wuchs die Partei von 1959 bis 1966, nämlich fast um das Doppelte. Die Mitglieder und Kandidaten der Partei bilden 9,3 Prozent der gesamten Bevölkerung des Landes über 18 Jahre. Jeder sechste Werkstätige des staatlichen Sektors der Volkswirtschaft ist Mitglied der Partei. Ueber 40 Prozent der Mitglieder sind Arbeiter. Ende März dieses Jahres hatten die Parteiorganisationen in den Dörfern nur 230 000 Mitglieder. Etwa 330 000 Parteimitglieder sind Frauen.

In ostdeutschen Städten werden zum Aufspüren undichter Gasrohre neuerdings Gasspürhunde eingesetzt. Für diese Aufgabe sind bisher 15 Schäferhunde ausgebildet worden, die eine Schule des Innenministeriums absolviert haben. Ein Test in Dresden hat die Konkurrenzfähigkeit der Gasspürhunde erwiesen. Während eine Rohrnetzkontrollbrigade mit einem Kontrollgerät auf einer bestimmten Strecke 14 undichte Stellen fand, spürte ein auf der gleichen Strecke eingesetzter Hund 18 defekte Punkte auf.

Wendepunkt in Mali?

Im afrikanischen Mali findet ein Revirement statt. Ob es auf einen Kurswechsel hinzieht, steht noch offen. Aber die Umschichtung der Führung, die von Präsident Modibo Keita selbst in die Wege geleitet wurde, scheint darauf hinzudeuten, dass das Land einiger dogmatisch-ideologischer Positionen überdrüssig ist und sich auf der Suche nach einer realistischeren politischen Linie befindet.

In den letzten zwei Jahren haben in Afrika etliche Regierungswechsel stattgefunden. Gleichzeitig waren sie mehrmals mit einem Regimewechsel verbunden, der oft unter Anwendung von Gewalt erfolgte. Im allgemeinen sind Ablösungen dieser Art durch die Machtübernahme von Militärs gekennzeichnet. Ob es sich um Algerien, Ghana, die Zentralafrikanische Republik, den Kongo, Obervolta oder Nigeria handelt, in jedem dieser Länder stehen heute die Militärs am Ruder, welche die als unzulässig eingestuften Politiker der ersten nachkolonialen Zeit abgelöst haben.

Der Staat Mali scheint sich in diesen Tagen ebenfalls in einer Uebergangssituation zu befinden. Wie andere afrikanische Staaten stützt es sich auf eine einzige Partei, die «Union Soudanaise du Rassemblement Démocratique Africain». Auch hier hatten sich Nachlässigkeit und Willkür in den verschiedenen Stufen des Parteiapparates eingenistet. Ähnlich wie im Nachbarstaat Guinea, mit dem es die grossen Sympathien zu kommunistischen Ländern (nicht zuletzt China) teilte, hatte die Wirtschaft gelitten. Seit dem kürzlichen Finanzabkommen mit Frankreich gibt es in Mali starke innere Spannungen. Die «alte Garde» der Partei erweist sich als unfähig, überlebte Begriffe und Vorstellungen abzulegen und sich den modernen politischen Erfordernissen zu widmen, so der Verlagerung des Interesses von ideologischen auf realpolitische Probleme, wie Wirtschaft, Wiedereintritt in die Franco-Zone u. a. m.

Im Unterschied zu andern Staaten steht nun jedoch der Staatspräsident, Modibo Keita, selbst an der Spitze dieser Entwicklung, die bereits unmittelbar nach dem Sturze Nkrumahs eingesetzt hatte. Damals dürfte Keita

gefühlt haben, dass auch die Errungenschaften seiner Führung («Revolution» genannt) gefährdet waren. Einsichtsvoller als seine Nachbarn begriff er jedoch, dass es einer vorsichtigen Wendung in der Richtung des Regimes bedurfte, sollte ihm nicht mit der Zeit ein ähnliches Los zuteil werden.

Kurz nach dem 24. Februar 1966, dem Sturze Nkrumahs, war bereits ein «Nationalkomitee zur Verteidigung der Revolution» ins Leben gerufen worden, das sich grossteils aus jüngeren Elementen der Partei zusammensetzte. Die Macht freilich lag weiterhin beim Politbüro der «Union Soudanaise RDA».

In den letzten Tagen des Monats August 1967 ist nun dieses Machtverhältnis verschoben worden. Offiziell verlautete, das Politbüro habe das Vertrauen der «demokratischen Organisationen» verloren, und deshalb habe das «Nationalkomitee zur Verteidigung der Revolution» beschlossen, alle Machtbefugnisse zu übernehmen.

Modibo Keita hat es anscheinend vorgezogen, den Wechsel, der sich schon im weiteren kontinentalen Rahmen aufdrängte, selbst zu leiten und zu vollziehen. Dabei stützte er sich vornehmlich auf die Jugend, die Arbeiter und — worin Mali keine Ausnahme bildet — auf die Armee, ist doch der Generalstabschef in die neue Regierungsequipe aufgenommen worden.

Beobachter der afrikanischen Politik meinen, dass es Modibo Keita durch diese Umschichtung vielleicht gelingen könne, sein Land auf die Bahn einer realistischeren Politik und einer fälligen wirtschaftlichen Ankurbelung zu führen. Äusserungen des Präsidenten lassen auf seinen Willen schliessen, dies zu tun. Aber die wirklichen Aufschlüsse wird sein weiteres Handeln bringen.

J. L.



Von links zurückwinken? Modibo Keita.